



Das Historische Archiv als Kölner Loch – Stand Mai 2011

Kein Aufbruch nach dem Einsturz

Das Historische Archiv zwischen Fachverwaltung, Wissenschaft und Bürgerinteresse

Wenn in Köln über die Zukunft des Historischen Archivs gesprochen wird, fällt unweigerlich ein Begriff, unter dem dessen Leiterin, Bettina Schmidt-Czaia, die Neuausrichtung des Hauses betreiben will. Danach soll Köln am neuen Standort ein „Bürgerarchiv“ erhalten. Das sorgt zwangsläufig für Irritationen, ist doch jedes kommunale Archiv automatisch ein „Bürgerarchiv“; einerseits, weil es von Bürgern genutzt wird, andererseits, weil es Dokumente verwahrt, die u. a. bei Rats- und Verwaltungsarbeit entstehen, also bei Tätigkeiten der Bürgervertreter und Dienstleister für die Bürger. Der Begriff „Bürgerarchiv“ ist demnach eine unsinnige Tautologie. Wieso verwendet ihn Bettina Schmidt-Czaia dann? In einem Vortrag, gehalten am 10. Oktober vergangenen Jahres im Stadtmuseum, führte sie dazu aus: „Das Bürgerarchiv [...] soll zum zentralen Ansprechpartner der Stadtgesellschaft für ihre Geschichte werden. Es wird sich nicht mehr als vornehmlich wissenschaftlich tätige Institution verstehen, sondern sich den Nutzungsinteressen ihrer Verwaltung und aller Bürgerinnen und Bürger öffnen“. Nun war das Stadtarchiv aber bereits in der Vergangenheit dieser Ansprechpartner. Und wenn es kein optimaler war, dann deshalb, weil die Stadt es vor dem Einsturz nahezu kaputt gespart und sein Personal von einstmalig rund 70 Stellen halbiert hatte. Schmidt-Czaia gibt also eine bislang geltende Selbstverständlichkeit als Neuerung aus.

Konkurrenzen

Ein weiteres Statement lässt aufhorchen: „Das Historische Archiv hat sich vor dem Einsturz lange als ein wissenschaftliches Institut betrachtet, das seinen Schwerpunkt in der Erforschung der Kölner Geschichte mittels eigenen Personals sah.

Der Schwerpunkt lag auf der Benutzung durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Zwar hatte dies eine große Reputation zur Folge, man verlor bei dieser Sicht auf die Dinge aber die Bürgerschaft in ihrer Breite oder auch die Interessen der für die Unterhaltung der Institution verantwortlichen Trägerverwaltung aus den Augen.“ Damit wird suggeriert, die Nutzung des Archivs

durch die Wissenschaft, z. B. durch Studenten, habe zu einer Benachteiligung anderer Nutzer aus Stadtgesellschaft und Verwaltung geführt. So wird ein Interessenskonflikt auf Kosten wissenschaftlicher Nutzer konstruiert, der völlig an den Haaren herbeigezogen ist. Es wird Spaltung betrieben.

Schmidt-Czaia argumentiert weiter, erst die Ausrichtung auf die Wissenschaft habe die Kürzung von Personal- und Sachmitteln befördert und damit zu gewaltigen Erschließungsrückständen geführt, „die sich schließlich auf etwa 60 Prozent summierten“. Schuld daran sollen auch die Depositare haben, von denen man sich „vielfach Nachlassteile (habe) aufdrängen lassen“. An wen denkt die Archivleiterin dabei? Mit ihrem instinktiven Rundumschlag stellt sie letztlich alle Bürger, die der Stadt etwas anvertraut haben, unter den Generalverdacht, sich aufgedrängt zu haben.

Service für Nutzer

Als Kern der Argumentation wird unter dem Strich ein künstlicher Gegensatz zwischen Wissenschaftsinteressen und Erschließungsinteressen konstruiert, den es aus Nutzersicht so gar nicht gibt. Eine sorgfältige Bestandserschließung und praktische Findmittel sind zur Nutzung ebenso unerlässlich wie die Expertise wissenschaftlich arbeitender Archivkräfte. Letztere können Hinweise

auf Fundstellen oder Querverbindungen liefern, die sich aus Findbüchern nicht erschließen lassen. Wer wissenschaftliche Expertise abbauen will, schwächt somit den Service für alle Nutzer. Das Hantieren mit dem Lockterminus „Bürgerarchiv“ ist deshalb nichts anderes als die Verschleierung der Tatsache, dass künftig am Service gespart werden soll. Das „Bürgerarchiv“ bringt keine grundlegende Verbesserung für neue Nutzerschichten, sondern verkauft nach außen – ganz im Geiste des Neoliberalismus – eine substanzielle Kürzung der Dienstleistung als Gewinn für alle. Und nach innen sorgt die Eliminierung wissenschaftlichen Eigensinns innerhalb der Mitarbeiterschaft für ein widerspruchsfreies Klima.

Nutzerfreundlichkeit erreicht man so nicht. Ein Archiv, das möglichst vielen einen optimalen Service bieten möchte, verzichtet auf Gebühren, stellt seine Findmittel online, gewährt die Möglichkeit, Archivalien kostenfrei zu fotografieren, stellt sicher, dass online bestellte Archivalien im Benutzersaal spätestens nach 20 Minuten vorliegen und stärkt ausdrücklich die wissenschaftliche Kompetenz seines Mitarbeiterstabs. Die derzeitige Leiterin des Stadtarchivs, die auf Kritik dünnhäutig reagiert und bereits mehrfach Anstrengungen unternommen hat, öffentliche Kritik an ihren Planungen zu unterbinden, hat bislang wenig Anlass zur Hoffnung geboten, dass die Neuaufstellung des Historischen Archivs der Stadt Köln intelligent, mit Sachverstand und im Konsens mit der Bürgergesellschaft angegangen wird. Die Aufgabe, ein zukunftsweisendes Konzept für das Stadtarchiv zu erarbeiten, ist bislang ungelöst.

TEXT/FOTOS: FRANK MÖLLER

choices-Thema im Juni Das Archiv der Zukunft

Zwei Jahre nach dem Einsturz: wie steht es um das Historische Archiv der Stadt wirklich? Frühestens im Herbst will die Stadt erste Auskünfte geben, erst um 2015 herum Nachlassgeber und Depositare umfassender informieren. Welches Konzept verfolgt das Archiv in Zukunft?



Weitere Informationen zum Thema finden Sie unter:

www.koelnkannauchanders.de/dokumente/archiv



Erinnerung: zwei Jahre nach dem Einsturz des Historischen Archivs

Bitte nicht anrufen

Oliver König über seine Erfahrungen als Nachlassgeber

choices: Herr König, wissen Sie inzwischen, ob etwas vom dem Nachlass Ihres Vaters René König gerettet wurde oder wo er sich befindet?

Oliver König: Nein, wir Nachlassgeber wissen gar nichts. Die letzte Information der Stadt stammt vom April vergangenen Jahres. In der damaligen Mitteilung hieß es: „Zwischenzeitliche Anfragen kann das Historische Archiv auf Grund der starken Beanspruchung und der laufenden Erfassung und Restaurierung nicht leisten.“ Im Klartext: Bitte nicht anrufen.

Es gab seitdem kein Zeichen von „Good Will“?

Die Behandlung der betroffenen Nachlassgeber ist selber schon wieder ein Skandal. Es wäre sinnvoll gewesen, seitens der Stadt einen ständigen Ansprechpartner zu benennen, der auf die Geschädigten zugeht.

In der öffentlichen Diskussion haben Stichworte wie Transparenz gerade Konjunktur.

Das Personal und die Strukturen in der städtischen Verwaltung sind die gleichen wie vor dem Einsturz. Alles ist so weiter gegangen, als wenn nichts passiert wäre.

Warum haben Sie seinerzeit die Archivalien an das Kölner Archiv gegeben?

Eine Alternative wäre das Bundesarchiv gewesen. Uns erschien es aber damals sinnvoll, das Material in Köln zu belassen, wo unser Vater gewirkt hat. Zudem war das Stadtarchiv damals berühmt für seine Sammlung bedeutender Nachlässe von Bürgern, die die Stadt mitgeprägt haben.

Würden Sie heute noch einmal so entscheiden?

Wer hat schon mit einem solch monströsen Einsturz rechnen können! Andererseits: Hinterher ist man immer klüger. Nach dem derzeitigen Stand werden wir den Nachlass nicht in Köln belassen, egal, in welchem Zustand er wieder auftaucht. Die Stadt hat mit der Ernennung einer Mittelalter-Expertin zur neuen Leiterin signalisiert, welches Profil sie dem Stadtarchiv geben will. Sie hat auch schon einmal versucht, die Abteilung der Personennachlässe zu schließen. Das sind zeitgenössische Dokumente, die bis in die politischen Konflikte der letzten Jahrzehnte hineinreichen. Das will man nicht.

Wohin wird der René-König-Nachlass dann gehen?

Ich habe erste Kontakte mit dem Literaturarchiv Marbach.

Sie klagen gegen die Stadt auf Schadensersatz. Der aktuelle Stand?

Es sind derzeit drei Kläger. Das Oberlandesgericht hat das Urteil des Landgerichts in seiner zurückhaltenden Juristensprache vom Tisch gefegt. Es hat auch durchblicken lassen, dass es die Stadt in der Verantwortung sieht. Der Prozess ist im Moment ausgesetzt, weil man das Ergebnis der Gutachten zur rein physikalischen Einsturzursache abwarten will. Man wird sehen, ob die Stadt gegenüber den Leihgebern einlenkt.

INTERVIEW: WOLFGANG HIPPE

ZUR PERSON



Dr. Oliver König ist Soziologe und Psychotherapeut. Derzeit Vertretung einer Professur an der Fachhochschule für Sozialpädagogik in Köln. Mitherausgeber der Zeitschriften „Familiendynamik“ und „Gruppenpsychotherapie und Gruppendynamik“.

Foto: privat

Neues Vertrauen schaffen

Arnd Schwendy über Bürgerbeteiligung und ihre Behinderung

choices: Herr Schwendy, der Rat der Stadt Köln will die Bürgerbeteiligung stärken. Eine zu späte Einsicht?

Arnd Schwendy: In Köln waren die Auseinandersetzungen um Schauspiel und Oper ein Lehrstück, was passiert, wenn starke Bürgerinitiativen etwas anderes wollen als ein Teil des Rates. Und auch um die Neugestaltung des Gerling-Viertels und um den Ausbau des Godorfer Hafens gibt es Auseinandersetzungen. Ich werte das ganze als Versuch von Rat und Verwaltung, wieder mehr Vertrauen bei den Bürgern zu gewinnen und Partizipation zu erleichtern – Stichwort „Stuttgart 21“.

Als Pilotprojekt für die neue Politik soll die Planung für das ehemalige Archivgrundstück an der Severinstraße dienen. Wie läuft es dabei?

Es gab ein von den Bürgern im Haus der Architektur veranstaltetes Forum, bei dem die Stadt Beteiligung in zwei Schritten vorsah: Dem förmlichen Planungsverfahren wird danach eine Info-Veranstaltung des OB vorgeschaltet, die bereits unter

reger Beteiligung stattfand. Außerdem werden in einem Workshop im Juni 80 Bürger gebeten, ihre Ideen einzubringen. Danach geht das in den Ausschuss für Stadtentwicklung. Bisher lief es umgekehrt: Erst Vorgaben der Politik, dann Bürgerbeteiligung. Das ist ein Fortschritt. Der Pferdefuß: Die zur Mitarbeit aufgerufenen Bürger wissen noch immer nicht umfassend, nach welchen Kriterien und Wirtschaftlichkeitsüberlegungen ihre Wünsche und Anregungen hinterher bewertet werden.

Wie könnte man neues Misstrauen verhindern?

Die Stadt sollte alle Karten auf den Tisch legen. Von Beginn an sollte auch ein von der Stadt wirklich unabhängiger Mediator installiert werden, der die divergierenden Meinungen bündelt und ein Ergebnis zuführt. Ohne eine solche neutrale Instanz müssen die beteiligten Bürger glauben, was die Stadt ihnen erzählt. Aber dieser Glaube ist halt erschüttert. Außerdem wäre es wünschenswert, wenn Verträge, die die Stadt im Kontext der Bebauung abschließt, öffentlich gemacht würden. Man

kann das aufgrund der Vertragsfreiheit durch eine entsprechende Klausel sicherstellen. In Schweden ist das, was ich hier vorschlage, Gang und Gäbe.

Trauen Sie dem derzeit aktiven politischen Personal in Köln einen Wandel in Richtung Bürgerpartizipation zu?

Selbstverständlich, das ist ein Lernprozess, bei dem alle an eine jahrhundertelange Tradition eines selbstbewussten und aufmüpfigen Kölner Bürgertums anknüpfen können. Wer da stur bleibt und sich nicht auf das neu erwachte Mitwirkungspotential einstellt, hat bei der nächsten Kommunalwahl schlechte Karten.

INTERVIEW: FRANK MÖLLER

ZUR PERSON



Arnd Schwendy ist Leiter des Kölner Sozialamtes im Ruhestand. Er zählt zu den Unterstützern der Bürgerplattform „Köln kann auch anders“.

Foto: Frank Möller

Der Weg ist das Ziel

Bernadette Heiermann über Pläne zur Neugestaltung rund um den Waidmarkt

choices: Frau Heiermann, wie würden Sie das Areal um das ehemalige Archivgelände am Waidmarkt vor dem Einsturz des Stadtarchivs aus städtebaulicher Sicht charakterisieren?

Bernadette Heiermann: Das Archiv lag in einem Abschnitt der Severinstraße, der bislang geprägt war von Bauten aus den 1950er bis 70er Jahren, mit zum großen Teil öffentlichen Nutzungen wie das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium oder das ehemalige Polizeipräsidium und das Archivgebäude. Wohnnutzung gab es kaum. Nach Schul- bzw. Büroschluss war die Severinstraße hier unbelebt und fast gesichtslos. Ein Quartier hat sich zwischen dem Kopf der Severinbrücke und dem Blaubach nie gebildet.

Welche Verbesserungen bieten sich an?

Die Frage ist, ob die fehlende Quartiersbildung mit der Entwicklung des Ortes „geheilt“ werden kann und was dann die Identität dieses Quartiers ausmachen könnte. Ich sehe den Ort dabei als einen Baustein von mehreren. Einbeziehen muss man die zukünftige Bebauung am Waidmarkt auf dem ehemaligen Gelände der

Polizeidirektion und die Chancen der Öffnung des Areals in Richtung Rhein.

Sind die gestalterischen Spielräume groß?

Die Möglichkeiten sollten generell erst einmal vollständig offen gehalten werden. Alles andere würde die angekündigte Bürgerbeteiligung in Frage stellen. Auf der Hand liegt eine mögliche Option für die beiden Gymnasien, Friedrich-Wilhelm und Kaiserin-Augusta. Beide kooperieren eng miteinander, eine künftige gemeinsame Nutzung von Areal an dieser Stelle wäre nahe liegend, eine Nutzung des neuen Raums durch die Bürger wünschenswert. Unverständlich ist der Druck, den sich die Stadt selbst ohne Not auferlegt. Sie will bereits im Vorfeld möglichst viel festzurren. Das erweckt den Eindruck, dass Politik und Verwaltung die offene Diskussion und den offenen Raum kaum aushalten können.

Sollte das Thema U-Bahn-Bau/Archivesturz bei den Planungen Berücksichtigung finden?

Wichtig zuallererst ist, dass sich die Stadt und die Bürgerschaft die Zeit nehmen, aus den gemachten Fehlern zu lernen und nicht aktio-

nistisch möglichst schnell Antworten und angelegliche Lösungen für den Ort festzurren. Viel wichtiger noch als ein möglicher Gedenkraum ist für mich der nun angeschobene Denk- und Entwicklungsprozess. Vorstellbar wäre, dass der Ort eine Zeitlang von den Schulen gemeinsam mit Künstlern bespielt wird. Verschiedene temporäre Nutzungen kultureller Art kann man sich vorstellen. Es wäre doch schön, wenn sich das Gedenken an das Unglück, an die beiden Toten und das verlorene Vertrauen der Bürger in einer wieder gewonnenen, lebendigen, durch Offenheit geprägten Bürgerbeteiligungskultur manifestieren könnte.

INTERVIEW: FRANK MÖLLER

ZUR PERSON



Bernadette Heiermann ist Architektin und betreibt ein Büro mit Sitz im Georgsviertel.

Foto: privat

Werkzeuge der Demokratie

Clemens Rehm über Transparenz, Aktenberge und das digitale Archiv

choices: Herr Rehm, (kommunale) Archive verstehen sich oft als „Werkzeuge der Demokratie“. Sie machen politisches und gesellschaftliches Handeln nachvollziehbar.

Clemens Rehm: Es war ein langer Weg vom „Geheimarchiv“, das als juristische Rüstkammer der Herrschaft diente, bis zum allen offen stehenden Archiv als transparentes Fenster in die Vergangenheit. Das kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Nur an den authentischen Originalen, den archivierten Papieren und Dateien, Texten und Bildern ist eine nachträgliche Kontrolle von Prozessen und Entscheidungen möglich.

Welche Rolle spielt das Stichwort „Bürgerarchiv“?

Dieser in den letzten Jahren von Köln ausgehende Begriff zielt auf jeden Fall in die richtige Richtung. Damit wird signalisiert, für wen in den Archiven gearbeitet wird – für die Bürger: z.B. Wissenschaftler, Familienforscher, Schüler oder einfach historisch Interessierte. Zugänglichkeit zu den Quellen zu fördern ist archivistische Dauerauf-

gabe; Archive ohne Nutzer sind tote Archive.

Können Archive wirklich alles sammeln?

Das Archivieren von Mengen ist nicht so sehr eine Frage des Könnens, sondern des Wollens. Unser Ziel muss sein, die wesentlichen Unterlagen, die über unsere heutige Zeit Auskunft geben können, zu ermitteln und für nachfolgende Generationen zu sichern. Diese Auswahl erfolgt nach fachlichen Kriterien, nach gesetzlichen Bestimmungen und zunehmend auch im Dialog mit den Nutzern.

Die Digitalisierung bietet den Archiven neue Möglichkeiten.

Das Thema ist unter archivistischen Gesichtspunkten vielschichtig. Nur soviel: In der digitalen Welt können archivierte Unterlagen viel leichter zugänglich gemacht werden; aber die Langzeitsicherung – und das heißt die Erhaltung über Jahrhunderte – ist bei digitalen Unterlagen sehr aufwändig. Insofern bietet die digitale Welt den Archiven zwar Lösungen, aber zugleich auch neue Herausforderungen.

Und das „Archiv der Zukunft“?

Sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen, bringt Lösungen für die Gegenwart – das können Menschen verschiedener Generationen und unterschiedlichster Herkunft für sich im Archiv selber entdecken und erleben. Das Archiv des 21. Jahrhunderts wird als Bürgerarchiv vor Ort und im Internet eine Plattform der Kommunikation mit der Zukunft sein. Da bin ich ganz zuversichtlich.

INTERVIEW: WOLFGANG HIPPE

ZUR PERSON



Dr. Clemens Rehm arbeitet am Landesarchiv Baden-Württemberg, ist 1. Stellvertretender Vorsitzender des VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. und bereitet für den Deutschen Archivtag 2011 die Sektion 1: Der Auftrag der Archive und die Novellierung der Archivgesetz vor.

Foto: privat